

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Hermann Gröhe, Dr. Christian Ruck, Rainer Eppelmann, Holger Haibach, Dr. Egon Jüttner, Irmgard Karwatzki, Volker Kauder, Melanie Oßwald, Daniela Raab, Ingrid Fischbach, Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, Siegfried Helias, Hubert Hüppe, Julia Klöckner, Werner Lensing, Albert Rupprecht (Weiden), Dr. Wolfgang Schäuble, Arnold Vaatz, Peter Weiß (Emmendingen) und der Fraktion der CDU/CSU

zu der Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung

Zukunft sichern – Globale Armut bekämpfen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Vom 18. bis 24. März 2003 wurden in Kuba bei landesweiten Razzien 78 Regimegegner, unabhängige Journalisten und Menschenrechtsaktivisten verhaftet. Am 7. April 2003 wurden 75 dieser Dissidenten zu Haftstrafen von sechs bis 27 Jahren wegen „konterrevolutionärer Agitation“, „Verschwörung“ und „Subversion“ verurteilt. Unter ihnen befindet sich auch der Oppositionspolitiker Hector Palacios, einer der Initiatoren des so genannten Varela-Projekts, das im letzten Jahr in einem Volksentscheid die demokratische Öffnung des Landes im Rahmen der sozialistischen Verfassung vergeblich verlangt hatte. Die Prozesse, die auf der Grundlage des Gesetzes Nummer 88 „zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und der Wirtschaft Kubas“ geführt wurden, waren eine Farce und entbehrten zentraler rechtsstaatlicher Standards: Nach Angaben aus Oppositionskreisen konnten die Angeklagten die Anklageschrift nicht lesen; ausländischen Diplomaten und Journalisten wurde die Teilnahme an den Prozessen verweigert. Die Urteile sind willkürlich und unverhältnismäßig.

Mit dieser Verhaftungswelle hat das Regime Fidel Castros abermals gezeigt, dass es die Unterdrückung des kubanischen Volkes mit allen Mitteln und unverminderter Härte fortsetzen will. Diese Kampagne gegen die so genannten Feinde der Revolution kulminierte am 11. April 2003 in der Hinrichtung von drei Männern, die eine Fähre entführt hatten, um in die USA zu fliehen. Vier Komplizen wurden zu lebenslanger Haft, einer zu 30 Jahren, drei weitere Angeklagte zu zwei bis fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Auch diesen Verurteilten wurde kein faires Gerichtsverfahren ermöglicht. Die Todesurteile gegen die drei Entführer wurden in einem Schnellverfahren gefällt und erst nach ihrer Vollstreckung bekannt gegeben. Nach Angaben von Dissidenten befinden sich zurzeit noch weitere 50 Personen in Todeszellen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich nachdrücklich dafür einzusetzen, dass sowohl die im April 2003 verurteilten 75 Oppositionellen als auch alle politischen Gefangenen sofort freigelassen werden;
- auf allen bi- und multilateralen Ebenen die gravierenden Einschränkungen der Grund- und Bürgerrechte, vor allem der Meinungs- und Pressefreiheit, in Kuba zu verurteilen;
- sich dafür einzusetzen, dass Kuba nicht in die Gruppe der AKP-Staaten aufgenommen wird, solange die Einhaltung der Menschenrechte in Kuba nicht gewährleistet ist;
- die staatliche bilaterale Entwicklungszusammenarbeit einzustellen und dafür die Unterstützung von Projekten von Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und politischen Stiftungen zu verstärken;
- Schritte, die vom Regime Fidel Castros als Ermutigung oder Zustimmung der menschenverachtenden Regierungspolitik aufgefasst werden können, in Zukunft zu unterlassen;
- darauf hinzuwirken, dass Kuba die Internationalen Pakte für bürgerliche und politische Rechte sowie für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte unterzeichnet und ratifiziert;
- darauf zu drängen, dass Kuba das Zweite Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe unterzeichnet und ratifiziert;
- darauf zu drängen, dass Kuba seine Gesetze mit internationalen Standards in Einklang bringt und dass Kuba rechtsstaatliche Standards in Gerichtsverfahren einhält;
- die kubanische Regierung dazu zu bringen, mit der Kuba-Beauftragten der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, Christine Chanet, zusammenzuarbeiten;
- bei allen Kontakten mit kubanischen Regierungsvertretern zu fordern, dass Kuba das von ihm ratifizierte Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe einhält.

Berlin, den 6. Mai 2003

**Hermann Gröhe
Dr. Christian Ruck
Rainer Eppelmann
Holger Haibach
Dr. Egon Jüttner
Irmgard Karwatzki
Volker Kauder
Melanie Oßwald
Daniela Raab
Ingrid Fischbach**

**Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg
Siegfried Helias
Hubert Hüppe
Julia Klöckner
Werner Lensing
Albert Rupprecht (Weiden)
Dr. Wolfgang Schäuble
Arnold Vaatz
Peter Weiß (Emmendingen)
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion**